

Schreckt Postmarktgesetz die Post-Konkurrenten ab?

■ Kritik an Regelung über Entlohnung bei alternativen Wettbewerbern.

Wien. (med) Der Entwurf des gestern, Montag, in die Begutachtung geschickten Postmarktgesetzes sorgt für Kritik. Denn das Regelwerk, das Infrastrukturministerin Doris Bures (SPÖ) bereits bis zum Sommer beschlossen haben will, sieht vor, dass künftige Konkurrenten der Österreichischen Post ihre Entlohnung an dieser ausrichten müssen.

Laut Mitteilung des Ministeriums soll das Gesetz faire Bedingungen schaffen – „für alle Beschäftigten von konzessionierten Postdienstleistern, das betrifft insbesondere Arbeitsbedingungen und Gehälter, wie sie im Wesentlichen auch beim Universaldienst-Anbieter (das ist die Österreichische Post AG, Anm.) üblich sind“.

Leitl gegen Mindestlohn

Wirtschaftskammer-Chef Christoph Leitl warnt in diesem Zusammenhang vor einem Mindestlohn für Postanbieter. Würden den alternativen Anbietern vergleichbare Löhne vorgeschrieben, verhindere das den Wettbewerb, betonte Leitl mit Ver-



Gleiches Geld für alle? Zusteller der Post-Mitbewerber sollen ähnlich bezahlt werden wie Postler. Foto: apa

weis auf Erfahrungen aus Deutschland. Weiters spricht sich Leitl gegen das geplante Konzessionsmodell aus. Hier würde das bestehende Anzeigesystem reichen. Das Gesetz verhindere jeden Wettbewerb, kritisiert auch Herbert Paierl, Präsident des Management-Clubs.

Das Ministerium beschwichtigt hingegen. „Wenn es einen Branchenkollektivvertrag gibt, der ja derzeit verhandelt wird, so ist der Passus über die Entlohnung im Gesetz hinfällig“, sagt Susanne Enk, Sprecherin von Ministerin Bures. Man habe mit dieser Regelung nur Lohndumping verhindern wollen, falls bis 2011, wenn der Markt ge-

öffnet wird, kein branchenübergreifender KV vorliege.

Auch, was die Zahl der Post-Stellen betrifft, wird der Gesetzesentwurf überraschend konkret. Mindestens 1650 Postgeschäftsstellen sollen garantiert werden – bisher hieß es in den Vorgaben der Post nur, sie habe flächendeckend zu agieren. Zugleich sollen Kostennachteile der Post, die weiter als Universaldienstleister auftritt, durch einen Universaldienstfonds ausgeglichen werden. Damit will man das sogenannte Rosinen-Picken, also die ausschließliche Zustellung in lukrativen Bereichen wie den Ballungsräumen, verhindern. ■